



Yvonne Feri
Ihre Stimme für Kinder
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 22. März 2019

Bericht aus der Session – Nummer 30 **Rückblick auf die Frühlingsession**

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die **Frühlingsession** war die erste im Wahljahr 2019. Man fühlte, dass die im Herbst anstehenden Wahlen schon in den Köpfen vieler Parlamentarierinnen und Parlamentarier präsent waren. **So auch bei mir, lesen Sie weiter unten mehr dazu.** Hin und wieder entstand der Eindruck, dass Entscheidungen im Hinblick auf einen möglichen Wahlerfolg bzw. -misserfolg gefällt wurden. Aber das waren Ausnahmen. Im Vordergrund stand grossmehrheitlich die Sache. Und wie immer gab es eine breite Auswahl von Themen, die in dieser Session diskutiert wurden und eine Abstimmung verlangten. Einige davon betrafen das **Gesundheitswesen**. Eine Problematik, die uns in den nächsten Jahren noch häufiger beschäftigen wird. Eine flächendeckende Gesundheitsversorgung für alle Menschen in der Schweiz gehört zu meinen politischen Hauptthemen und wir müssen hier in absehbarer Zeit eine sozialverträgliche Lösung finden.

Diese Woche konnte ich einen **persönlichen Erfolg** verbuchen. Mein Vorstoss [18.4252](#), die Parlamentarische Arbeit auf Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik zu prüfen, wurde vom Büro entgegengenommen. Das Parlament sollte sich aus meiner Sicht diesbezüglich modernisieren und agiler werden. Nun hoffe ich, dass sich das Parlament nicht dagegen wehrt und einen Bericht erstellt.

In die Session fiel in diesem Frühling erneut am 8. März der **Weltfrauentag**. Dank der MeToo Debatte fand er in diesem Jahr medial etwas mehr Beachtung. Und Berlin hat ihn als erstes Bundesland Deutschlands zum gesetzlichen Feiertag erklärt. In Bern marschierten Aktivistinnen mit ihrem Transparent „Solidarität für Frauen – Solidarität unter Frauen“ in Richtung Bundeshaus. Der Höhepunkt der Frauenbewegung wird in diesem Jahr aber hoffentlich am 14. Juni mit dem **Frauentreik** begangen. Ziel ist, dass wir eines Tages keinen Frauentag mehr brauchen, weil wir alle gleichgestellt sind und deshalb 365 Tage pro Jahr für alle Menschen haben.



Im Anschluss finden sie weitere ausgewählte Themen aus dieser Session:

- Krankenkassen
- Franchisen
- Ärztelöhne
- Medikamente

Auch mich beschäftigen bereits die **Wahlen** im Herbst. Ein Wahlkampf ist aufwendig, teuer und verlangt einiges an Planung und Vorbereitung. Ich bin überzeugt, dass im Zeitalter der Digitalisierung viele im Wahlkampf neue Wege gehen werden. Kandidatinnen, Kandidaten und Parteien werden neue digitale Tools und Plattformen nutzen, um noch näher an potenziellen Wählerinnen und Wählern zu sein. Eine gute Sache, aber leider kosten neue Wege auch viel Zeit und viel Geld. Für Ihre **Unterstützung**, sei es finanziell oder in anderer Form, bin ich sehr dankbar. [Mit Yvonne Feri für eine faire, soziale und zukunftsfähige Schweiz!](#), wenn Sie mir dabei behilflich sein wollen, können Sie mir den ausgefüllten [Antwortalon](#) schicken oder sich direkt auf der [Webseite](#) registrieren. Vielen Dank!

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



22.03.2019

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 30

Rückblick auf die
Frühlingsession...

FRANCHISE: Die Krankenkassenprämien steigen jedes Jahr. Nun müssen Kranke auch noch einen grösseren Teil der Arztrechnungen selber zahlen. Die Franchisen steigen vorerst um 50 Franken. Danach werden sie laufend im Verhältnis zu den Gesundheitskosten erhöht. Darauf haben sich die Räte geeinigt. Eine abrupte Erhöhung um 200 Franken lehnt der Nationalrat aber ab. Der Vorschlag stammte von der Gesundheitskommission. Sie ist überzeugt, dass sich durch eine höhere Beteiligung Prämien sparen lassen. Laut Bundesrat Alain Berset trifft das zwar zu, es handelt sich aber nur um eine Verlagerung der Kosten. Die SP will zusammen mit verschiedenen Organisationen das Referendum gegen die Erhöhung der Franchisen ergreifen.

Kommentar: Zwischenzeitlich haben die bürgerlichen Parteien erkannt, dass dieser Weg so nicht zum Ziel führen wird. Daher übersteht das Geschäft die Schlussabstimmung nicht – die ganze Arbeit zerfällt und die Franchiseerhöhung ist zum Glück für einige Jahre vom Tisch - dank dem Wahljahr, dank unserer Arbeit, dank der Diskussionen in der Bevölkerung.

KRANKENKASSEN: Unerwünschte Anrufe von Krankenkassenmaklern sollen der Vergangenheit angehören. Das Parlament will Anrufe zur Gewinnung von Neukunden verbieten und die Vermittlerprovisionen begrenzen. Der Nationalrat hat eine Motion aus dem Ständerat angenommen. Die Selbstregulierung habe nicht funktioniert, sagte SP-Nationalrätin Bea Heim (SP/SO) im Namen der Gesundheitskommission. "Die Telefonitis ging weiter, und die Provisionen erreichten unverhältnismässig hohe Summen." Deshalb solle der Bundesrat künftig die telefonische Kaltaquise - die erstmalige Kontaktaufnahme zu einem möglichen Neukunden - für Grund- und Zusatzversicherung verbieten. Über den abgeänderten Vorstoss hat noch der Ständerat zu befinden.

Kommentar: Ich hoffe sehr, dass wir diese Anrufe nun endlich definitiv unterbinden können. Es ist wirklich ärgerlich, besonders, wenn die Krankenkassen sogar im Besitze der Handy-Nummern sind.

ÄRZTELÖHNE: Ärztinnen und Ärzte in Spitälern sollen künftig ihren Lohn offenlegen müssen. Der Nationalrat hat einer Motion mit 124 zu 59 Stimmen zugestimmt, die mehr Transparenz bei Entschädigungen und Honoraren im stationären und ambulanten Bereich fordert. Motionärin Bea Heim (SP/SO) plädierte für "nichts anderes als das, was bis im Jahr 2012 üblich war". Bis dahin hatte der Ärzteverband FMH das Einkommen der freien Ärzteschaft regelmässig publiziert. Heute hätten die Spitäler teilweise keinen Überblick über die Einnahmequellen ihrer Kaderärzte und -ärztinnen. Die SVP lehnte die Motion als einzige Fraktion ab. Der Bundesrat könnte mit dem Vorstoss gut leben. Dieser geht nun an den Ständerat.

Kommentar: Ein wichtiger Schritt, denn Transparenz im Gesundheitswesen brauchen wir dringend.



MEDIKAMENTE: Der Bundesrat muss bei der Vergütung von Medikamenten für krebskranke Kinder über die Bücher. Der Nationalrat hat ein entsprechendes Postulat seiner Gesundheitskommission stillschweigend angenommen. Der in Auftrag gegebene Bericht soll unter anderem mögliche Lösungen aufzeigen für die Rückerstattung der Kosten von Medikamenten, die bereits im Ausland zugelassen wurden, aber in der Schweiz noch nicht. Der Nationalrat will die heutige Ungleichbehandlung bei den Kostenübernahmen von sogenannten "Off Label Use"-Medikamenten beseitigen. Der Bundesrat beantragte aufgrund laufender Arbeiten auf diesem Gebiet die An-

nahme des Vorstosses. Die Ergebnisse einer Evaluation werden frühestens im Jahr 2020 vorliegen.

Kommentar: Langsam, langsam geht es in die richtige Richtung. Nun brauchen wir noch Lösungen für Medikamente bei seltenen Krankheiten. Auch eine langwierige Geschichte. Und irgendwann müssen wir wohl leider auch darüber diskutieren, wieviel Medikamente kosten dürfen, die keine lebensrettende, sondern «nur» eine um kurze Zeit lebensverlängernde Wir-

kung haben. Diese Frage ist heikel zu beantworten. Aber es ist wichtig, dass wir alle uns darüber Gedanken machen.

Frauen, die nichts fordern werden beim Wort genommen – sie bekommen nichts.

Simone de Beauvoir

BUNDESGERICHT: Der Nationalrat will das Bundesgericht entlasten. So sollen etwa nur noch Busen bei Übertretungen ab 500 Franken am Bundesgericht angefochten werden können. Die höhere Limite von 5000 Franken des Bundesrats lehnte der Rat am Mittwoch mit 117 zu 69 Stimmen ab. Trotz Widerstand seitens des Bundesgerichts entschied der Rat zudem, dass jemand, der sich durch einen kantonalen Gerichtsentscheid in seinen verfassungsmässigen Rechten verletzt fühlt, weiterhin das höchste Gericht in Lausanne anrufen können soll. Die Revisionsvorschläge gehen nun in den Ständerat.

Kommentar: Gewaltentrennung ist strikte in der Schweiz. Die Gesetze für das Bundesgericht (Judikative) macht jedoch auch die Legislative. Der Bundesgerichtspräsident war mit unseren Anpassungen nicht sehr glücklich. In seinem Sinne korrigieren kann noch der Ständerat.

FAMILIENPOLITIK: Lassen Eltern ihre Kinder extern betreuen, sollen sie künftig bei der direkten Bundessteuer bis zu 25'000 Franken abziehen können. Heute sind es 10'100 Franken. Der Nationalrat hat am Dienstag dem höheren Abzug für die Kinderbetreuung deutlich zugestimmt. Die grosse Kammer folgte mit 131 zu 48 Stimmen bei 14 Enthaltungen ihrer vorberatenden Wirtschaftskommission und dem Bundesrat. Neben den erhöhten Abzügen für Kinderdrittbetreuungskosten soll auch der allgemeine Kinderabzug von 6500 Franken auf 10'000 Franken angehoben werden, wie dies die CVP vorgeschlagen hat. Mit Unterstützung der SVP fand dieser Vorschlag eine knappe Mehrheit. Als nächstes ist der Ständerat am Zug.

Kommentar: Die SP Fraktion lehnte mehrheitlich ab, ich habe mich enthalten. Warum? Ich möchte höhere Abzüge, resp. Regelungen für Familien – doch mit dieser Variante werden ausschliesslich gutverdienende Eltern unterstützt. Alle anderen profitieren nicht von diesem Beschluss. Mit meiner Enthaltung setzte ich ein Zeichen: Ja im Sinne der Idee, nein zu dieser Lösung.

IV-REVISION: IV-Rentnerinnen und -Rentner sollen für ihre Kinder weniger Geld erhalten. Der Nationalrat hat sich am Donnerstag mit 106 zu 66 Stimmen bei 10 Enthaltungen gegen den Willen des Bundesrates für eine Kürzung ausgesprochen. Es geht um das Geld für Kinder von IV-Rentnern, das heute "Kinderrente" genannt wird und künftig "Zulage für Eltern" heissen soll. Die Zulage soll von 40 auf 30 Prozent der Rente gesenkt werden. Heute beträgt die Kinderrente bei



einer vollen IV-Rente 948 Franken, künftig wären es noch 711 Franken. Neben der SVP und der FDP unterstützten auch die Mitteparteien die Kürzung mehrheitlich. Weiter hat der Nationalrat Ja gesagt zu einem stufenlosen Rentensystem. Nun ist der Ständerat am Zug.

Kommentar: Kürzungen gibt es zurzeit überall, so leider auch bei der IV. Was mit einer Namensänderung besser werden soll, ist für mich unverständlich. Warum der Begriff «Zulage für Eltern» klarer machen soll, was mit dem Geld «zu tun» ist, ist für mich schleierhaft. Es könnte ja auch eine Zulage für kulturelle Veranstaltungen sein. Ich habe das Gesetz abgelehnt.

FLIEGEREI: Der Nationalrat will nichts von einem Verbot oder einer Einschränkung von militärischen, kommerziellen oder privaten Flugshows wissen. Er hat ein Postulat von mir mit 133 zu 55 Stimmen deutlich abgelehnt. Die Mehrheit folgte der Argumentation von Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga, wonach das zuständige Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) schon heute sämtliche Aspekte betreffend Sicherheit und Umwelt im Zusammenhang mit Flugshows prüfe. Zudem müssten die Veranstalter strenge Kontrollen über sich ergehen lassen.

FAMILIENZULAGEN: Der Nationalrat will bestehende Lücken bei den Familienzulagen stopfen. Unter anderem sollen arbeitslose alleinerziehende Mütter mit der Mutterschaftsentschädigung neu das Recht auf Familienzulagen haben. Die grosse Kammer ist dem Bundesrat am Dienstag in allen Punkten gefolgt und hat das revidierte Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Gesamtabstimmung ohne Gegenstimme angenommen. Die Änderungen gehen auf parlamentarische Vorstösse zurück. Die zweite Änderung betrifft die Ausbildungszulagen. Künftig sollen diese bereits ab 15 Jahren ausgerichtet werden können. Heute gilt die untere Altersgrenze 16. Schliesslich will der Nationalrat wie der Bundesrat eine gesetzliche Grundlage für Finanzhilfen an Familienorganisationen schaffen. Als nächstes entscheidet der Ständerat über die Vorlage.

Kommentar: Ich bin froh, dass diese Lücken nun geschlossen wurden. Wir haben uns damit dem Grundsatz «Ein Kind, eine Zulage» angenähert und die Familienorganisationen haben zwar keine 100%ige Sicherheit, doch immerhin eine Gesetzesgrundlage zum vorhandenen Bundesverfassungsartikel.

EL-REFORM: National- und Ständerat haben sich auf eine Reform der Ergänzungsleistungen (EL) geeinigt. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat den Anträgen der Einigungskonferenz zugestimmt. Das Geschäft ist bereit für die Schlussabstimmung. Es handelt sich um einen Kompromiss. Bei der umstrittenen Vermögensschwelle hat sich der Nationalrat durchgesetzt. Wer über 100'000 Franken besitzt, bekommt keine EL. Selbst bewohnte Immobilien werden jedoch nicht berücksichtigt. Bei den ebenfalls noch umstrittenen Vermögensfreibeträgen für die EL-Berechnung setzte sich der Ständerat mit etwas höheren Ansätzen durch. Die Linke enthielt sich bei der Abstimmung der Stimme. Ob gegen die EL-Reform das Referendum ergriffen wird, ist unklar. *Kommentar: Die neuen Mietzinsmaxima sind wichtig und richtig. Doch diese Verbesserung genügt nicht, um das Gesetz zu unterstützen. Daher auch in der Schlussabstimmung von meiner Seite eine Enthaltung.*



Persönliche Vorstösse und Geschäfte in der Frühlingsession:

- [17.3086](#) Überprüfung der Bewilligungspraxis bei Flugshows (Ablehnung des Postulats durch den Nationalrat, siehe vorne)
- [18.4252](#) Parlamentarische Arbeit auf Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Politik prüfen (Das Büro beantragt die Annahme des Postulats, es wird jedoch von einem Kollegen/einer Kollegin bekämpft – nun entscheidet der Nationalrat, ob ein Bericht erstellt werden kann).
- [19.3118](#) Sexistische, stereotypische und diskriminierende Werbung (Interpellation)
- [19.3119](#) Wissen zu Kindswohlfährdung bündeln, damit die Unterstützungsleistung passt (Postulat)
- [19.3241](#) Drohung gegen Kinder soll von Amtes wegen verfolgt werden (Motion)